



Ministerium für Justiz und Gleichstellung

Hilfe, wenn das "Ja" erzwungen werden soll

Ministerium für Justiz und Gleichstellung - Pressemitteilung Nr.:
062/11

Ministerium für Justiz und
Gleichstellung - Pressemitteilung Nr.: 062/11

Magdeburg, den 23. November 2011

Hilfe, wenn das "Ja"
erzwungen werden soll

Magdeburg (MJ). Junge Frauen, die von Zwangsheirat bedroht oder betroffen sind, sollen den Mut finden, sich an Beratungsstellen zu wenden. Darauf zielt eine Info-Kampagne des Ministeriums für Justiz und Gleichstellung und des AWO-Landesverbandes zum "Internationalen Tag der Gewalt an Frauen" ab. Kolb sagte, wenn das "Ja" erzwungen werden soll, seien junge Frauen in existentieller Not. "Es ist wichtig, dass sie dann wissen, dass es in Magdeburg Hilfe gibt."

In Sachsen-Anhalt finden Betroffene bei der Fachstelle "Vera" kompetente Ansprechpartner. Darauf weisen in diesen Tagen auch Plakate in der Magdeburger Innenstadt hin. Auch an einer Straßenbahn prangt ein Banner. "Wir wollen erreichen, dass die Betroffenen von der Hilfsmöglichkeit erfahren. Und wir wollen Multiplikatoren wie Gleichstellungsbeauftragte, Lehrer und Schulsozialarbeiter ansprechen", sagten Gleichstellungsministerin Professor Angela Kolb und Martin Höckmann, der Leiter der Fachstelle zum Start der Plakataktion. "Auch in unserer Nachbarschaft gibt es Betroffene. Mädchen und junge Frauen finden den Weg zu "Vera", aber die Dunkelziffer ist groß", so Kolb und

Höckmann.

„Vera“ arbeitet unter dem Dach des AWO Landesverbandes Sachsen-Anhalt und wird durch das Ministerium gefördert. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter steht neben Beratung, die in einem geschützten Raum und über das Internet angeboten wird, Öffentlichkeitsarbeit im Zentrum ihres Engagements.

„Frauenhandel und Zwangsehe gehören zu den verabscheuungswürdigsten Formen der Menschenrechtsverletzung. Es ist ein Gebot von Solidarität und Menschenwürde, dass wir uns für jene Menschen stark machen, die sich allein nicht gegen die Verletzung ihrer Rechte und persönlichen Integrität wehren können. Wir dürfen nicht wegschauen. Wir tragen Verantwortung“, sagte Martin Höckmann.

Kolb sagte, Opfer von Zwangsehen müssten oft mit Gewalt und gar Morddrohungen rechnen, wenn sie „Nein“ sagen. Betroffen seien zumeist Migrantinnen, in deren Familien stark traditionelle Geschlechterverhältnisse gelebt würden.

Die Fachstelle Vera wurde vor elf Jahren gegründet und ist in dieser Form die einzige in Sachsen-Anhalt, die speziell von Menschenhandel und Zwangsverheiratung betroffenen Frauen hilft. Über Unterstützung und Schutz hinaus helfen die Sozialpädagoginnen bei sozial- und aufenthaltsrechtlichen Fragen. Wenn Frauen den Mut aufbringen und im Gerichtsverfahren gegen ihre Peiniger aussagen, übernimmt „Vera“ die Begleitung der Zeuginnen bis zur Beendigung des Strafverfahrens.

„Vera“ organisiert zudem die Zusammenarbeit mit Ausländerbehörden, der Polizei und Justiz sowie mit Rechtsanwältinnen, mit Gesundheits- und Sozialämtern sowie mit Psychologinnen. Zugleich werden Kontakte in das jeweilige Heimatland der Frauen geknüpft. Seit 2011 bietet „Vera“ auch professionelle Hilfe für Betroffene von Zwangsheirat und Zwangsehe an und unterstützt Frauen, die „im Namen der Ehre“ Gewalt erfahren. Darüber hinaus hat sich „Vera“ die Präventionsarbeit auf ihre Fahnen geschrieben. Unter anderem mit Vorträgen in Schulen sowie Plakataktionen soll die Bevölkerung informiert und aufgeklärt werden.

Hintergrund:

Zwangsheirat ist seit Mitte des Jahres in Deutschland ein eigener Straftatbestand. Es wurde auch beschlossen, dass Migranten, die wegen einer Zwangsheirat in Ausland verschleppt werden, bis zu zehn Jahre lang ein Anrecht auf Rückkehr nach Deutschland haben.

Aus der vom Bundesfamilienministerium in Auftrag gegebenen Studie „Zwangsverheiratungen in Deutschland“ geht hervor, dass jedem vierten Befragten (27 Prozent) Waffengewalt oder gar der Tod angedroht wurde. Zwei Drittel der Bedrohten oder Betroffenen haben danach in den Familien Gewalt erfahren. Der nicht repräsentativen Studie zufolge sind die meisten Opfer von Zwangsehen in Deutschland Muslime zwischen 18 und 21 Jahren mit meist stark religiösem Hintergrund. Erfasst wurden 3.443 Männer und Frauen, die im Jahr 2008 von Beratungsangeboten Gebrauch gemacht hatten. Knapp die Hälfte (rund 40 Prozent) von ihnen war zu diesem Zeitpunkt zwangsverheiratet, den anderen war mit Zwangsehe gedroht worden.

Impressum:

Ministerium für Justiz und
Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
Pressestelle
Domplatz 2 - 4
39104 Magdeburg
Tel: (0391) 567-6235
Fax: (0391) 567-6187
Mail:
presse@mj.sachsen-anhalt.de

Impressum: Ministerium für Justiz und Gleichstellung des Landes Sachsen-Anhalt
Pressestelle Domplatz 2 - 4 39104
Magdeburg Tel: 0391 567-6235 Fax: 0391 567-6187 Mail: presse@mj.sachsen-anhalt.de Web: www.mj.sachsen-anhalt.de